

---

# Der „Kampf um Ideen“ und Wissen als Grundgedanke

# 2

---

## Überblick

Während die Policy-Analyse die in Kap. 1 dargelegte Prämisse einer sprachlich konstruierten Wirklichkeit mit anderen interpretativen Ansätzen in den Geistes- und Sozialwissenschaften teilt, kennzeichnet ihre zweite, im folgenden Kapitel behandelte Grundüberlegung ihr spezifisch interpretativ-politikwissenschaftliches Forschungsprogramm: Mit Deborah Stone (2002, S. 11) wird der „struggle over ideas“, der Kampf um Ideen, zur Essenz der Politik erklärt. Ideen und Wissen gehören damit zu den zentralen Untersuchungsgegenständen interpretativer Policy-Analyse. Dabei ist jedoch Vorsicht geboten, denn nicht jede Forschung, die mit „Ideen“ arbeitet, teilt damit automatisch post-positivistische Grundannahmen. Das folgende Kapitel beleuchtet die Rolle von Ideen in der Policy-Analyse im Allgemeinen (2.1), stellt die Unterschiede zum Ideenbegriff der interpretativen Policy-Forschung heraus (2.2) und führt mit den Begriffen „Wissen“ (2.3) und dem Ansatz der „Wissenspolitologie“ (2.4) einen spezifisch deutschen Schwerpunkt der interpretativen Policy-Analyse ein. Es schließt mit den zentralen Debatten einer interpretativen Expertiseforschung (2.5), die sich für die Grenzziehungen zwischen Politik und Wissenschaft und die gesellschaftliche Zuschreibung von epistemischer und politischer Autorität, von Deutungs- und Entscheidungsmacht interessiert.

## 2.1 Die „Ideenlosigkeit“ rationalistischer Ansätze

Interpretative Ansätze beziehen ihr Selbstverständnis und die Betonung von Ideen vor allem aus einer Abgrenzung gegenüber anderen Zugängen: Sie richten sich in erster Linie gegen *Rational-Choice*-Theorien und deren Annahme, dass soziale Handlungen direkt instrumentell und auf Interessenmaximierung ausgerichtet sind, sowie gegen die Annahme, dass Präferenzen als fest vorausgesetzt und individuellen Akteuren zugeschrieben werden könnten (Finlayson 2007, S. 546). Majone (1989), auf den die argumentative Policy-Forschung regelmäßig Bezug nimmt, kritisierte an der konventionellen Policy-Forschung, dass Veränderungen von Politikinhalt vor allem auf gewandelte ökonomische Bedingungen, Gruppendruck, neue Technologien und institutionelle Änderungen geschoben würden und die Rolle von Ideen, Wertvorstellungen, Argumenten und Überzeugungen vernachlässigt werde. Allerdings seien, so Majones These, Policy-Deliberation und Policy-Ideen dann am wichtigsten, wenn sich staatliche Entscheidungen auf Fragen der Effizienz erstrecken, also auf solche Politikfelder, die sich auf die Erhöhung der Wohlfahrt für die Gesamtbevölkerung beziehen. Ideen blieben gegenüber Macht und Interesse wirkungslos, wenn es um ein Nullsummen-Spiel gehe. Dass Politik mittels Ideen solange vernachlässigt worden sei, liege an der Konzentration auf redistributive Policies durch die Theorien des Neo-Pluralismus und Neo-Korporatismus (Majone 1993, S. 97).

Laut Colin Hay (2002, S. 196) bietet der Rationalismus keinen Platz für Ideen, da er das Verhalten von Akteuren als vorhersehbar je nach Kontext wahrnehme. Wenn Akteure rational sind und es nur einen Weg des rationalen Handelns zur Verfolgung gesetzter Präferenzen je nach Kontext gibt, langt die Analyse des Kontextes, um politisches Verhalten und damit Politikergebnisse vorherzusagen. Entsprechende Arbeiten gingen dabei von zwei „bequemen Annahmen“ aus: Akteure verfügen über perfekte Informationen, und materielle Interessen sind insofern gegeben, als zwei identisch positionierte Akteure nicht nur die Interessen teilen, sondern diese auch gleich wahrnehmen. Der Behaviorismus, der sich für eine an den Naturwissenschaften orientierte Suche nach Regelmäßigkeiten im politischen Handeln ausspricht, würde Ideen vernachlässigen, weil sie nicht messbar, sondern vage, amorph und ständig im Wandel begriffen seien (Hay 2002, S. 197).

---

## 2.2 Ideen in der variablenbasierten Forschung und als eigenständiger Untersuchungsgegenstand

Das Interesse an Ideen ist jedoch kein Alleinstellungsmerkmal post-positivistischer Forschung und kann zu Missverständnissen führen, wenn Ansätze, die mit „Ideen“ arbeiten, automatisch für interpretativ gehalten werden (für einen Überblick siehe Maier 2003). Was als „ideational turn“ (Blyth 1997) bezeichnet wird, ergänzt häu-

fig lediglich *Rational-Choice*-Ansätze, ohne deren Grundannahmen zu hinterfragen (Finlayson 2007, S. 547). Ideen spielen auch im Neo-Institutionalismus (Hall 1986), beim Policy-Lernen und bei Paul A. Sabatiers Advokaten-Koalitionen eine Rolle, werden hier aber auf eine Variable neben anderen mit Einfluss auf das *policy-making* reduziert (Gottweis 2006, S. 464).

In einer neo-positivistischen Verwendung des Ideenbegriffs betrachten beispielsweise Goldstein und Keohane (1993) Ideen im Feld der Internationalen Beziehungen als *road maps*, die Akteuren in einer komplexen Welt instrumentalistisch dabei helfen, ihren eigenen Präferenzen zu folgen. Neben dieser Handlungserleichterung durch eine Verengung der Wahlmöglichkeiten konzipieren sie Ideen zweitens als *focal points*, um kooperative Lösungen zu finden. In einem dritten Verständnis gelten Ideen als vermittelt über die Institutionen, in die sie eingebettet sind (Gofas und Hay 2010, S. 23–26), doch dann sind die Institutionen wichtiger als die Ideen. Oder Ideen dienen lediglich im Nachhinein zur Legitimation des außenpolitischen Handelns (Schmidt 2010, S. 7). Ausgangspunkt ist auch bei dieser Betrachtung das Eigeninteresse, wobei aus interpretativer Sicht ausgeblendet wird, dass Ideen im Sinne von normativen und sachlichen Angemessenheitsstandards häufig die Interessen selbst prägen. Bedeutende Weltansichten wie Individualismus, Fundamentalismus etc. seien zudem nicht durch Eigeninteresse zu erklären (Fischer 2003, S. 22–23).

Auch neuere institutionalistische Ansätze öffnen sich zaghaft gegenüber Ideen und Diskursen, vor allem in einem von Vivien Schmidt als *discursive institutionalism* bezeichneten Strang (Nullmeier et al. 2010, S. 78). Während der *Rational-Choice*-Institutionalismus dank seiner Vorstellung strategisch handelnder Akteure mit festen Präferenzen am widerständigsten gegenüber Ideen sei (Schmidt 2010, S. 4) und auch der historische Institutionalismus Schwierigkeiten habe, Wandel endogen zu erklären (Schmidt 2010, S. 10), habe der soziologische Institutionalismus eine Öffnung gegenüber Ideen vollzogen, denn er blicke auf die Formen und Praktiken institutionellen Lebens, die aus kulturell spezifischen Praktiken und Logiken der Angemessenheit erwachsen. Ideen seien hier zwar inhärent als Normen und Bedeutungssysteme, es werde aber nicht beleuchtet, wie neue Ideen sich behaupten können, welche Gründe und welches *timing* für Wandel es gebe (Schmidt 2010, S. 14).

Der diskursive Institutionalismus hingegen betrachtet Ideen auf verschiedenen Ebenen, als Policy-Ideen, Paradigmen oder philosophische Ideen, als kognitive und normative Ideen sowie ihre Darstellung im Diskurs. Diskurs wird bei Schmidt (2010, S. 15) zum „exchange of ideas“, zum Austausch von Ideen, und bleibt damit hinter dem umfassenderen Diskursbegriff interpretativer Arbeiten zurück (siehe Abschn. 3.4). Es geht bei Schmidt aber nicht nur um die Kommunikation von Ideen, sondern auch um ihren institutionellen Kontext, um die beschränkenden Strukturen und ermöglichenden Bedeutungskonstruktionen, die von

wahrnehmungsfähigen Akteuren internalisiert seien. Diese hintergründigen ideellen Fähigkeiten (*background ideational abilities*) von denkenden und sprechenden Akteuren erklären danach, wie diese Akteure Institutionen begründen und erhalten, während ihre vordergründigen diskursiven Fähigkeiten (*foreground discursive abilities*) ihnen ermöglichen, kritisch über diese Institutionen zu kommunizieren und sie zu ändern. Auch wenn Vivien Schmidt (2010) im Titel eines Journal-Artikels einfordert, Ideen und Diskurse ernst zu nehmen, um politischen Wandel erklären zu können, bleiben beide bei ihr eine eher weiche Kategorie, die zuweilen eine Rolle spielt, zuweilen aber auch nicht. Die Annahme, Diskurse „reflektierten“ lediglich Interessen, steht zudem im Widerspruch zu konstruktivistischen Prämissen, wonach Interessen durch Kommunikation und Diskurs konstituiert sind (Nullmeier et al. 2010, S. 79).<sup>1</sup>

Schmid und Straßheim (2003, o.S.) versuchen mit einer Dreiteilung Licht in die unübersichtliche Forschungslandschaft zu bringen, die zugleich verdeutlicht, dass nicht alle ideenbezogenen Arbeiten dem interpretativen Paradigma zuzuordnen sind:

- An erster Stelle stehen eher deduktive, nicht konstruktivistische Arbeiten mit einem besonderen Interesse am Verhältnis von Interessen, Institutionen und Ideen,
- zweitens nennen sie Theorien und Modelle des Policy-Lernens sowie
- drittens jene verschiedenen Ansätze, die sich einer wissenspolitologischen und interpretativen Richtung zuordnen lassen und im vorliegenden Lehrbuch im Mittelpunkt stehen.

Insbesondere der erste und der dritte Ansatz unterscheiden sich darin, ob Ideen als Explanans (das Erklärende) oder als Explanandum, also als das zu Erklärende fungieren.

In der ersten Gruppe von Arbeiten werden Ideen als eine zusätzliche Kategorie von unabhängigen, Politik-Ergebnisse erklärenden Variablen behandelt. Demnach gibt es unter bestimmten Bedingungen einen Zusammenhang zwischen Ideen als Ursache und Policies als deren Folge. Relevante Hypothesen beziehen sich auf die Filter-Funktion von Institutionen, den ideen- und innovationsfreundlichen Effekt von Unsicherheit sowie auf den unterschiedlichen Einfluss von Ideen im Vergleich verschiedener Phasen des Policy-Zyklus. Die Natur dieses Bedingungsverhältnisses ist jedoch ebenso ungeklärt wie die zum Nachweis seiner Wirksamkeit geeigneten Verfahren (Maier 2001, S. 541–542).

---

<sup>1</sup> Für jüngere Arbeiten der Autorin gilt dies in deutlich geringerem Maße (siehe Schmidt 2012).

Benz (1997, S. 21) weist darauf hin, dass Ideen als erklärende Faktoren das Risiko bergen, dass diese weiche Kategorie erklären soll, was messbare Faktoren nicht erklären können. Die Frage, wann Ideen einen Einfluss auf Policies haben sowie die mit dieser Fragestellung einhergehende Falsifizierungsstrategie setzen nämlich voraus, dass Ideen als erklärende Variable von anderen Einflussfaktoren unterschieden werden können. Viele Arbeiten schließen dabei von der Untersuchung einzelner Fälle auf die Gesamtheit, ohne die Voraussetzung für eine Generalisierung zu prüfen. Doch auch in den Untersuchungen, in denen lediglich gefragt wird, ob Ideen überhaupt einen Einfluss hätten, zeigen sich methodische Schwächen, etwa wenn der Ideenbegriff verkürzt und beispielsweise nur auf bestimmte Gruppen gewendet wird, wie etwa auf Wissenschaftler im Gegensatz zu Politikern, oder wenn nur neue, im Gegensatz zu alten, bereits institutionalisierten Ideen Betrachtung finden (Maier 2001, S. 543). Ähnlich kritisieren Andreas Gofas und Colin Hay (2010, S. 47), dass Ideen zu häufig Theorien ergänzen würden, die keinen ontologischen oder epistemologischen Raum dafür hätten und Ideen lediglich zu Hilfsvariablen machten, die der Erklärung von Restvarianzen dienten und selbst nicht systematisch konzeptuell eingebunden seien. Für das vorliegende Lehrbuch sind derartige Forschungsdesigns nicht relevant, da sie mit ihrem variablenbasierten, allgemeine Hypothesen testenden Forschungsdesign eine „neo-positivistische“ Epistemologie vertreten, die von den interpretativen Arbeiten gerade in Frage gestellt wird.

*Die zweite Gruppe, die Lerntheorien*, beschäftigt sich mit Fragen nach den Ursachen, Bedingungen und Effekten eines Wandels politischer Wahrnehmung von und zwischen Individuen, Organisationen oder Gruppierungen (Schmid und Straßheim 2003), wobei die Lernmetaphorik mit ihren rationalistischen und affirmativen Untertönen eine positive Veränderung in Richtung Problemlösung suggeriert (Maier et al. 2003, S. 14). Die Rahmung als „Lernen“ betont die Fähigkeit von Politikerinnen und Politikern, Entscheidungen auf Grundlage bestimmter Erfahrungen und Erkenntnisse zu treffen und nicht allein auf Grundlage des Drucks der Wähler oder anderer Institutionen (Fischer 2003, S. 33). Die in dieser Gruppe einflussreichsten Arbeiten sind mit dem *Advocacy-Coalition*-Ansatz nach Sabatier und Jenkins-Smith (1993) verbunden, der als Alternative zum *Policy Cycle* entwickelt wurde. Trotz seines Interesses an Überzeugungen und Deutungen fällt dieser Zugriff durch sein Festhalten an einem zweistufigen Erklärungsmodell mit der Annahme exogener Variablen aus dem Umfeld interpretativer Arbeiten heraus (Nullmeier 1997, S. 111). Frank Fischer (2003, S. 94), ein zentraler Protagonist der interpretativen Wende, wirft ihm sogar vor, ein rigoroser Aufruf zur Erneuerung einer theoriefernen „empirizistischen“ Forschungsagenda zu sein. Paul A. Sabatier selbst hat diese Trennung unterstrichen: In seinem 1999 herausgegebenen Sammelband „Theories of the Policy Process“ nimmt er explizit die „Konstruktivistin“

mit der Begründung aus, dass ihre Arbeiten nicht falsifizierbar seien. Erst mit der zweiten Auflage 2007 wurde dies korrigiert (Pierce et al. 2014, S. 1). Da er in deutschsprachigen Arbeiten zuweilen in einem Atemzug mit post-positivistischen Traditionen genannt wird, sollen unter 4.5 die zentralen Unterschiede zwischen seinen Advokaten-Koalitionen und den Diskurskoalitionen des interpretativen Policy-Forschers Maarten Hajer herausgearbeitet werden.

*In der interpretativen Policy-Forschung* geht es im Gegensatz zur ersten Gruppe nicht um die kausale Bedeutung von Ideen oder Wissen gegenüber Institutionen, Interessen oder ökonomischen Lagen. Politikverläufe sind in diesem Verständnis durchweg von Situationsinterpretationen, also Ideen, Normüberzeugungen, kurz durch das Wissen der Akteure geprägt. Diese Ideen sind keine isolierbaren Faktorenkomplexe (Nullmeier 2013, S. 22–23). Auch Interessen werden in diesem Verständnis nicht als selbstverständlich gegeben vorausgesetzt, sondern als historisch veränderbare, kontextgeprägte und durch spezifische Wissens Elemente konstituierte Handlungsmotivation analysiert (Nullmeier 2013, S. 25). Hinter dem Begriff „Idee“ verbergen sich laut Fischer (2003, S. 24) verschiedene kognitive Prozesse:

Ideas can be statements of value or worth; they can specify causal relationships; they can be solutions to public problems; they can be symbols and images, which express public and private identities; and ideas can be world views and ideologies. Theorists not only differ in the extent to which they think ideas influence or constitute actions, they refer to different things when they talk about ideas.

Der Begriff Idee kann also sowohl die Kognitionen von Individuen bezeichnen (Maier 2003, S. 28), als auch überindividuelle Strukturen im Sinne geteilter oder zumindest hegemonialer Überzeugungen (Maier 2003, S. 55).

### **Forschungsbeispiel**

Wie können interpretative Arbeiten aussehen, die „Ideen“ in den Mittelpunkt rücken? Im Feld der Internationalen Beziehungen kritisieren Richard Price und Nina Tannenwald (1996) an rationalistischen Erklärungen für erfolgreiche Abschreckung, die Staaten als einheitliche Akteure mit exogen gegebenen Interessen begreifen, dass diese den Nichteinsatz von Chemiewaffen in all denjenigen Fällen nicht erklären könnten, in denen kein Rückschlag zu befürchten war und in denen ein Einsatz von Chemiewaffen sogar militärische Vorteile gebracht hätte (Price und Tannenwald 1996, S. 117). Daher schlagen sie eine genealogische Untersuchung vor, die die Kontingenz und Veränderung von Normen unterstreicht. Die Frage lautet, wie bestimmte

Waffen mit bestimmten Ideen und Bedeutungen behaftet werden, wie diese Zuschreibungen historisch entstehen und wie dadurch die Wahrnehmungen von Interessen und die Identitäten der Akteure geprägt werden (Price und Tannenwald 1996, S. 115). Chemiewaffen, so ihr Argument weiter, würden als Waffen *sui generis* konstruiert und mit Tabus der Nutzung behaftet, obwohl andere, die als konventionell gelten, mehr Zerstörung anrichten können (Price und Tannenwald 1996, S. 122).

## 2.3 Wissen in der interpretativen Policy-Analyse

Nullmeier (2001, S. 292–293) weist darauf hin, dass Analysen, die mit dem Begriff Ideen operieren, häufig in einen Dualismus von Ideen und Interessen zurückfallen. Er spricht sich deshalb für einen weit gefassten Wissensbegriff aus, der diesen binären Schematismus aufbricht. Zugleich problematisiert er den Wissensbegriff, da dieser im Gegensatz zwischen Meinen und Glauben eingespannt sei. Unter dem Begriff „Idee“ gehe es zudem zu häufig um große Paradigmen. Zur Untersuchung der alltäglichen politischen Deutungen spricht er sich dennoch für den Begriff Wissen aus. Wissen wird verstanden als durch Kommunikation konstituierte und konfirmierte Praxis. Dem wissenschaftlichen Wissen kommt dabei nicht von vornherein eine Sonderrolle zu. Es unterscheidet sich lediglich durch die spezifischen Regeln seiner Konstruktion und Konfirmation und durch den Ort seiner Produktion (Rüb 2006, S. 346). Die wissenssoziologische Perspektive fragt dann danach, unter welchen sozialen Bedingungen und mit welchen Folgen Wissenschaft mit besonderer Autorität ausgestattet wird.

Heinelt und Lamping (2015, S. 10) betonen, dass Wissen stets mit einem Prozess der Sinngebung und der Herstellung und Verbesserung von Handlungsfähigkeiten angesichts einer Konfrontation mit einer Unzahl von Informationen und Daten über die soziale Umwelt verknüpft ist. „Wissen und Handeln sind hier in- niglich verknüpft, erweisen sich beide doch als besondere Sinnphänomene: Sinn ist, was Handeln leitet, orientiert und ein Verhalten erst als Handeln auszeichnet. Wissen ist also nichts der Handlung Äußerliches, sondern konstitutiv für Handeln“ (Knoblauch 2005, S. 146). Dies wird auch in Luhmanns (1992) Definition von Wissen als „kognitiv stilisierte Erwartung“ ausgedrückt. Es handelt sich also um Erwartungen, die im Enttäuschungsfall geändert werden. Diese stehen analytisch im Kontrast zu Normen als kontrafaktisch stilisierten Erwartungen, d. h. als Erwartungen, an denen auch im Enttäuschungsfall festgehalten wird. Im Handeln verbin-

den sich beide Erwartungsformen zu komplexen Erwartungskonstellationen. Diese Definition basiert auf Schütz's Bestimmung von Wissen als „certainty taken for granted until further notice“ (Schütz 1976, S. 288).

Um auf der Makroebene das Zusammenspiel von Wissen mit Institutionen etc. zu beleuchten, ist die Rede von Wissensformen („knowledge forms“) geläufig (Nullmeier et al. 2010, S. 80), ein Begriff, der unterschiedliche Generalisierbarkeit, Arenen und Institutionalisierungsformen umfasst. Während der Begriff „Deutungsmuster“ in der Soziologie dem Vokabular der Objektiven Hermeneutik vorbehalten ist, wird er in der Wissenspolitologie bedeutungsgleich zum Begriff „Wissen“ verwendet (Nullmeier 1993, S. 181). Viehöver (2004, S. 235) kritisiert indes am Wissensbegriff, dass der „inter-individuelle und kollektive Transmissionsmechanismus des Wissens häufig ungeklärt“ bleibe. In der eigentlichen Analyse müsse dann doch auf die Rekonstruktion von Diskursen oder Narrativen zurückgegriffen werden.

---

## 2.4 Die Wissenspolitologie als deutscher Debattenbeitrag

Mit dem wissenspolitologischen Ansatz haben Frank Nullmeier (1993) und Friedbert Rüb (Nullmeier und Rüb 1993) den wohl bedeutendsten deutschen Beitrag zur interpretativen Policy-Forschung beigesteuert. Im Zentrum wissenspolitologischer Untersuchungen steht der Versuch, mittels verschiedener, vor allem qualitativer Techniken den Wandel von handlungsleitenden Wissensbeständen zu rekonstruieren und dadurch den Wandel einzelner Policies zu erklären (Rüb 2006, S. 345, für das Folgende siehe auch Münch 2010, S. 98–102). Veränderungen von Policies (Inhalten, Programmen) erscheinen der Wissenspolitologie als Veränderungen in Wissenssystemen, die durch kommunikative Interaktion entwickelt werden (Heinelt und Lamping 2015, S. 9–19). Politische Handlungsalternativen werden dann umgesetzt, wenn sie die größte argumentativ-rhetorische Unterstützung innerhalb von Wissenssystemen mobilisieren können. Im Rahmen des wissenspolitologischen Ansatzes kann auch nach sich langsam ändernden Deutungsmustern gefragt werden sowie nach Ablagerungen sich historisch erstreckender Interpretationskämpfe, die das Wissen von Akteuren und damit politische Entscheidungen beeinflussen (Kerchner 2006, S. 41).

Politische Entscheidungen und Wandel werden weder als Ergebnis einer Liste kausal wirkender Faktoren verstanden, noch als funktionalistisch abgeleitete Notwendigkeiten. Der wissenspolitologische Ansatz besitzt damit eine Nähe zu denjenigen interpretativen Konzepten, in denen Wissen bzw. wissens- und erfahrungsbasierten Wirklichkeiten keine ontologische Wahrheitsqualität zugesprochen wird,



sondern diese als Wirklichkeitskonstrukte betrachtet werden. Von verschiedenen Autoren (u. a. Schmid und Straßheim 2003) wird der wissenspolitologische Zugang daher auch in einem Atemzug mit sozialkonstruktivistischen Ansätzen genannt:

„In einer allmählichen Ablösung von der konzeptionellen Bindung an die dominierenden strukturalistischen und funktionalistischen Modelle fand eine Hinwendung der Politikanalyse zu Verfahren statt, die im weitesten Sinne dem Sozialkonstruktivismus bzw. der Wissenssoziologie (...) und dem ‚interpretativen Paradigma‘ (...) zuzuordnen sind“ (Pieper 2006, S. 274).<sup>2</sup>

Der wissenspolitologische Ansatz übernimmt von Berger und Luckmanns Wissenssoziologie „Grundgedanken zur sozialen Wirklichkeitskonstruktion und zur Bedeutung von Institutionen“ (Nullmeier 1997, S. 114). Die hermeneutische Wissenssoziologie in Anschluss an Berger und Luckmann konzentriert sich jedoch auf die Untersuchung der Wissensbestände individueller Akteure in ihren alltagspraktischen, privaten oder professionellen Handlungskontexten (Keller 2005b, S. 14). Während in der Wissenssoziologie Wissen als „die Form des Sinns, den wir mit anderen teilen“, definiert wird (Hitzler 2007: Abs. 23), ist Wissen im wissenspolitologischen Verständnis zudem vor allem wählbar. Anstatt wie in traditionelleren Ansätzen (wissenschaftliches) Wissen und Politik starr gegenüber zu stellen und den instrumentellen Einsatz von wissenschaftlichem Wissen zu kritisieren, versteht der wissenspolitologische Ansatz den Begriff Wissen allgemeiner als Deutungsmuster, mit denen Annahmen über die Wirklichkeit gemacht werden, die dann politisch handlungsleitend werden (Nullmeier 1993, S. 181). „Politik lässt sich weder auf einen von Geltungsfragen unabhängigen Interessen- und Machtkonflikt reduzieren, noch lassen sich (wissenschaftliche) Debatten als Ausdruck einer rein an Geltungsfragen orientierten interessen- und machtfreien Sphäre verständlich machen“ (Nullmeier und Rüb 1993, S. 26).

Die Wissenspolitologie arbeitet mit einem weit gefassten Wissensbegriff, der sowohl normatives als auch deskriptives, implizites wie explizites Wissen einbezieht und gemäß seines interpretativen Zugangs keine vorgängigen Wahrheitsan-

---

<sup>2</sup> Diese Einschätzung wird von Friedbert Rüb (2006, S. 345) jedoch nicht geteilt: „Von diesen Konzepten unterscheidet sich die Wissenspolitologie dadurch, dass sie das ‚Politische‘ ernster nimmt. Sie begreift Politik als die Form menschlichen Handelns, die in eine bestehende Macht- und damit Wirklichkeitskonstellation neue ‚Wirklichkeiten‘ einführt und dadurch den Status Quo herausfordert, um ihn zu verändern und neue Machtkonstellationen zu bewirken. (...) Von den sozialkonstruktivistischen Ansätzen von Alfred Schütz, Peter L. Berger und Thomas Luckmann u. a. unterscheidet sich die Wissenspolitologie grundlegend, weil bei ihr Wissenskonstruktionen nicht in erster Linie der Sinnhaftigkeit des Handelns dienen, sondern als strategische Optionen gewählt werden können, um in einem gegebenem politischen Kräftefeld ein Maximum an Macht zu realisieren.“

sprüche an den Geltungscharakter eines Wissens jenseits des Fürwahrhaltens stellt (Nullmeier 1993, S. 182). Mit Karl Mannheims Wissenssoziologie hat der wissenschaftspolitologische Analyserahmen somit gemein, nicht wie eine Ideologienlehre auf die Entlarvung von Täuschungen gerichtet zu sein (Rüb 2006, S. 348).

Die Wissenschaftspolitologie geht davon aus, dass politische Institutionen geronnenes, sedimentiertes Wissen über eine angemessene Form der Bearbeitung von spezifischen gesellschaftlichen Sachverhalten sind, die sich in einem konkreten Bestand an Regeln und Verfahren niederschlagen, an dem die gesellschaftlichen Akteure ihr Handeln strukturieren (Rüb 2006, S. 347). Aus interpretativer Sicht fließen diese institutionellen Zwänge und Chancen jedoch nur als akteurseigene Interpretationsleistungen in das politische Handeln ein. Handlungsleitend sind demnach nicht die „tatsächlichen“ Machtressourcen, sondern das Wissen des Akteurs über seine Ressourcen und deren Verfügbarkeit (Nullmeier 1993, S. 176).

Das Handeln der Akteure, ihr Kampf um die Durchsetzung ihrer Deutungen bzw. um die Formulierung von Problemdefinitionen, Verantwortlichkeiten, Handlungsstrategien steht im Mittelpunkt des wissenschaftspolitologischen Interesses. Ihr Untersuchungsterrain bilden die politischen Arenen, in denen wissenschaftsbasierte Koalitionsbildungen und Vernetzungen stattfinden (Pieper 2006, S. 275). Im wissenschaftspolitologischen Vokabular wird das wählbare Wissen auf „Wissensmärkten“ – auch in diesen ökonomischen Kategorien besteht die Nähe zu Karl Mannheims Wissenssoziologie – gehandelt, auf denen verschiedene Anbieter konkurrieren (beispielsweise Parteien, Organisationen, Institutionen), die wiederum interne Wissensmärkte ausbilden. Auf diesen Wissensmärkten grenzen sich einzelne Deutungsansprüche gegeneinander ab, indem sie sich gegenseitig die Geltung absprechen, zwischen unterschiedlichen Wissensarten differenzieren und sogar Wissenshierarchien ausbilden (Schneider und Janning 2006, S. 99). Das Wissensangebot umfasst sowohl lebensweltliches als auch wissenschaftliches und weltanschauliches Wissen, wobei diesen Angebotsformen höchst unterschiedliche Legitimität zugesprochen wird (Nullmeier und Rüb 1993, S. 30). Auf Angebots- wie auf Nachfragerseite können sich Monopole, Oligopole und Polypole ausbilden (Nullmeier 1993, S. 183).

Die Fähigkeit von Policy-Akteuren, (...) feldübergreifende Debatten zu initiieren oder sich ihnen zu verweigern, hängt von den wissenschaftsrelevanten Ressourcen der Akteure in Wissensmärkten ab und von ihrem Vermögen, die eigene Deutungshoheit zu verteidigen und den Wirkungsbereich in Wissensmärkten gegenüber Diskurseinflüssen von außen abzuschotten. (Schneider und Janning 2006, S. 100)

Im Gegensatz zu anderen Formen der Diskursanalyse steht in der Politikwissenschaft weniger die Sprachproduktion als solche, sondern eher die Produktion und Wir-



<http://www.springer.com/978-3-658-03756-7>

Interpretative Policy-Analyse

Eine Einführung

Münch, S.

2016, X, 169 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-03756-7